

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Elbeblatt-Blätter  
"Tageblatt", Riesa.

## Amtsblatt

Gesetzblätter  
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,  
sowie den Gemeinderat Gröba.

M 265.

Mittwoch, 18. November 1912, abends.

65. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pf., durch unsre Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf., bei Abholung am Schalter der Kaiserlichen Postanstalten 1 Mark 65 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pf. Auch Monatsabonnement werden angenommen. Bezugspflichtige für die Nummer des Abgabedates bis vorzeitig 9 Uhr ohne Einschränkung. Preis für die Feiertagsausgabe 45 mark drei Korpuszettel 15 Pf. (Postaltpreis 12 Pf.) Beiträger und selbstzahler 15 Pf. nach bestemem Tarif.

Notationsdruck und Verlag von Banger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsschreiber: Goethestraße 20. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Hähnel in Riesa.

Es werden Schießübungen abgehalten:

- a. auf dem Schießplatz Haldehäuser:  
am 18., 19., 21., 22. und 23. November d. J. in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags,
- b. auf dem Schießplatz Göhrisch (Artillerieschießplatz)  
nur nördlich des Wülftinger Weges:  
am 18., 19., 21., 22. und 23. November d. J. in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Die Sperrung dieser Schießplätze und ihrer Gefahrenbereiche wird an jedem Schießtag so bewirkt, daß sie 1/2 Stunde vor Beginn des Schießens durchgeführt ist.

Bei Schlehen auf dem Schießplatz Göhrisch ist die Wülftinger Straße gesperrt, der Wülftinger Weg dagegen ist frei.

Die Wege des Platzes sind bei geöffneten Schlagböumen und durch Hochklappen unsichtbar gemachtes Warnungskasten ohne Aufenthalt zu passieren.

Unter Hinweis auf die amtsaufsichtliche Bekanntmachung vom 9. Mai d. J., Nr. 295 f. D., abgedruckt in Nr. 108 des Riesauer Amtsblattes, wird dies mit dem Gemeinde bekannt gemacht, daß Überleitungen nach § 366<sup>12</sup> bzw. 368<sup>12</sup> des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft werden.

Die Ortspolizeibehörden werden veranlaßt, den Ortsinwohnern auf dem vorgeschriebenen Wege von gegenwärtiger Bekanntmachung Kenntnis zu geben.

Riesa, am 12. November 1912.

436 g D. Königliche Amtshauptmannschaft.

In das hiesige Handelsregister ist heute auf Blatt 507 die Firma

Wilhelm Frenzel in Riesa

und als deren Inhaber

der Kaufmann Mag. Wilhelm Frenzel dagebst

eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Zigarren und Kaffee.

Riesa, den 18. November 1912.

Königliches Amtsgericht.

## Gemeinderatswahl in Gröba betreffend.

Mit Ende dieses Jahres scheidet aus dem Gemeinderate zu Gröba ein Drittel der Gemeindevertreter aus. Es macht sich demzufolge die Wahl je eines Gemeindesvertreters und je eines Erstwähnnes aus der Klasse I (amtliche Gemeindemitglieder mit über 250 Grundsteuereinheiten), Klasse II (amt. Gemeindemitgl. mit über 100 bis mit 250 Grundsteuereinheiten), Klasse III (amt. Gemeindemitgl. bis mit 100 Grundsteuereinheiten) und Klasse IV (unamtliche Gemeindemitglieder) auf 6 Jahre, sowie eines Erstwähnnes aus Klasse IV auf 2 Jahre nötig.

Die Wahl findet

Sonntag, den 8. Dezember 1912, von 12 bis 4 Uhr nachmittags in Großes Gasthof in Gröba statt. Die stimmberechtigten Gemeindemitglieder werden hiermit zur Teilnahme an der Wahl geladen.

Stimmberechtigt sind alle Gemeindemitglieder, die die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, das 25. Lebensjahr erfüllt haben und im Gemeindebezirk ansässig sind oder dagebst seit wenigstens 2 Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz haben. Unansässigen

Fremdpersonen, sowie juristischen Personen steht ein Stimmrecht nicht zu. Das Stimmrecht ist in Person auszuüben. Für die ansässige Gutsfrau stimmt der Gemann, dessen er sie seine Person stimmberechtigt ist und von seinem persönlichen Stimmrecht keinen Gebrauch machen will. Niemand kann in derselben Gemeinde ein mehrfaches Stimmrecht ausüben.

Die Wahlberechtigt steht jedem stimmberechtigten männlichen Gemeindemitgliede zu, welches im Gemeindebezirk Gröba seinen wesentlichen Wohnsitz hat.

Die Fälle der dauernden oder vorübergehenden Ausschließung vom Stimmrecht sind in § 35, die Gründe zur Ablehnung der Wahl in § 38 der rev. Landgemeindeordnung bezeichnet.

Die aufgestellten Wahlstellen liegen vom 14. November 1912 an 14 Tage lang im Gemeindeamt, Zimmer 8, zur Einsicht aus. Einsprüche gegen die Listen sind bis zum Ende des vierzehnten Tages nach Beginn der Auslegung und zwar bis zum 27. November 1912 hier zu erheben.

Bei der Wahl sind insbesondere die folgenden Bestimmungen des Nachtrags zum Ortsstatut für die Gemeinde Gröba vom 27. Juli 1910 zu beachten:

Das Wahlrecht ist persönlich und durch Abgabe von Stimmzetteln auszuüben. Die Stimmzettel müssen von welchem Papier sein und dürfen kein äußeres Kennzeichen haben.

Sie sind mit dem Namen der Kandidaten zu versehen, für die der Wähler stimmen will, und müssen die Person der Kandidaten so bezeichnen, daß über diese jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

Stimmzettel, die diesen Vorschriften nicht entsprechen oder welche die Namen nicht wählbar angeben, sind ungültig.

Jeder Stimmzettel ist von dem Wähler in einem mit dem Gemeindestempel versehenen Umschlag abzugeben und zwar von dem Wähler der I. Klasse in einem blauen Umschlag mit dem Aufdruck I, von dem Wähler der II. Klasse in einem grünen Umschlag mit dem Aufdruck II, von dem Wähler der III. Klasse in einem gelben Umschlag mit dem Aufdruck III und von dem Wähler der IV. Klasse in einem weißen Umschlag mit dem Aufdruck IV.

An der Wahlstelle wird jedem Wähler ein Umschlag der ihm zukommenden Art ausgehändigt.

Bestehen sich in einem Umschlag mehrere Stimmzettel, so ist, wenn sie auf gleiche Namen laufen, nur ein Stimmzettel gültig, andernfalls sind sie ungültig.

Der Wahlberechtigte, der seine Stimme abgeben will, nimmt den zur Aufnahme des Stimmzettels bestimmten amtlich abgestempelten Umschlag entgegen, nachdem er zuvor seinen Namen genannt und sich auf Verlangen über seine Person ausgewiesen hat. Er begibt sich hierauf an den zu dessen Aufnahme bestimmten Umschlag, stellt seinen Stimmzettel unbedacht in den zu dessen Aufnahme bestimmten Umschlag, tritt sodann an den Tisch des Wahlvorstandes und übergibt, nachdem sein Name in der Wählerliste aufgefunden worden ist, den seinen Stimmzettel enthaltenden Umschlag persönlich dem Wahlvorstande oder dessen Stellvertreter, der ihn in Gegenwart des Wählers in die Wahlurne einlegt.

Wähler, die durch lärperliche Gedränge behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen oder dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die die Wähler nicht in den amtlich abgestempelten Umschlag legen oder in einem mit einem ungültigen Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollen, werden zurückgewiesen.

Gröba, am 12. November 1912.

Der Gemeindevorstand.

## Hertisches und Sächsisches.

Riesa, 13. November 1912.

— Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 8 Uhr ab im Rathauslokal abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium schied Herr Stadtr. Winter. Als Vertreter des Rates waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. Diebel anwesend; außerdem wohnte Herr Stadtkassator Dr. Seipnitz der Sitzung bei. Auch einige Büyüker waren anwesend.

1. Als der Rat die Einführung des städtischen Fleischverkaufs in Aussicht nahm, hatte er zugleich beschlossen, eventuell auch auf den Bezug ausländischen Fleisches zu kommen. Auf eine von ihm bei den Städten Sebnitz, Burgstädt, Löbau, Bautzen, Hohenstein-Ernstthal, die bereits ausländisches Fleisch bezogen hatten, veranlaßte Umfrage gingen durchdringlich befriedigende Antworten ein. Der Ginkaufspreis ist gewesen 78 und 78 Pf., der Verkauf ist mit 75 bis 90 Pf. erfolgt. Nebenbei hat man sich beschwankt auf den Kauf von Fleisch, von lebendem Fleisch hat man abgesehen. Der Verkauf ist in einzelnen Säcken durch die Stadtverwaltungen, zum Teil durch die Fleischberinnerungen erfolgt. Heim-Rat ist eine Offerte eingegangen von der Deutschen Fleischauflaufgesellschaft, die das Fleisch anbot mit 69 $\frac{1}{2}$  Pf., aber nur in Mengen von 80 bis 100 Säcken abgeben wollte, was etwa einer Anzahl von 15 bis 20 Tieren entspricht. Aus letzterem Grunde hat sich der Rat noch an die Städte Wurzen, Oschatz und Großenhain gewendet wegen gemeinschaftlichem Fleischbezug. Von Wurzen ist der Bescheid geworden, daß es selbst die Menge von 8000 Kilo benötigen will. Die

Offerte der Deutschen Fleischauflaufgesellschaft wurde gegen die jüngsten Fleischpreise immer noch eine Verbilligung bedeuten. Der Preis von 69 $\frac{1}{2}$  Pf. würde sich noch um 2 $\frac{1}{2}$  Pf. auf 72 Pf. erhöhen und zwar für Beimüllungen, die erwachsen durch den Verkauf und die Füllbehandlung. Der Rat hatte darauf beschlossen, den Bezug solchen Fleisches in die Wege zu leiten und zu diesem Zweck 4000 M. als Berechnungsgeld bewilligt. Die Beurteilung über die Frage, ob der Verkauf durch die Fleischberinnerung oder die Stadt erfolgen sollte, setzte er aus, bis Verhandlungen mit den Fleischern erfolgt seien. In einer zwischen Herrn Bürgermeister Dr. Scheider und dem Obermeister der Fleischberinnerung und Herrn Fleischhersteller Otto Müller erfolgten Rücksprache, erklärten die beiden Meister vorbehaltlich der Zustimmung der Innung grundsätzlich ihre Geneigtheit zur Übernahme des Verkaufs durch die Fleischer, wenn pro Pfund 12 Pf. vergütet würden. Beim Bezug müsse darauf geachtet werden, das Vorder- und Hinterviertel in gleicher Zahl geliefert würden. Wenn ein Kaufpreis von 78 Pf. anzugeben wäre, dann werde die sächsische Übergangsbabgabe auf die Stadttafel zu übernehmen sein, ebenso die Bekanntmachungs- usw. Kosten. Bei einer Vergütung von 12 Pf. an die Fleischer würde sich ein Durchschnittsverkaufspreis von 85 Pf. ergeben und die Verkaufspreise könnten dann mit 80 Pf. für Rostfleisch und 90 Pf. für Roastfleisch festgesetzt werden. Die Abgabe habe sich auf 6 Pfund für den Einzelhändler zu beschränken, das Fleisch solle auch nur an Riesauer Einwohner abgegeben werden. Die Fleischer müßten den Räubern eine Legitimation abverlangen können. Diese Maßnahmen seien notwendig, weil die Stadt für den Fleischbezug Opfer bringe. Der Rat hat hierauf, nachdem

bei ihm noch eine Offerte der Firma Danielsen in Kopenhagen eingegangen war, beschlossen, von dieser Firma eine Ladung von 20 Säcken zum Preis von 63 Pf. das Pfund zu bezahlen und das Fleisch zum Selbstkostenpreise (mit Füllgebihr 72 Pf.) an die Fleischer abzugeben, die es mit einer Vergütung von 12 Pf. für das Pfund zum Verkauf bringen sollen. Da die Stadt Oschatz sich zur Abnahme von 20 Säcken bereit erklärt hat, so verbleiben für Riesa nur noch 40 Säcke. Die hiesige Fleischberinnerung wird erf. heute, Mittwoch, abend Besuch darüber lassen, ob sie den Verkauf des Fleisches übernimmt.

Herr Bürgermeister Dr. Scheider läßt zu der Angelegenheit aus, daß der Bezug von Fleischfleisch nach wie vor unmöglich sei, da nicht zu erwarten sei, daß der 8.12 das Fleischbeschlußgesetz abgelehnt werde. Nun habe er aber geglaubt, nach Lage der Verhältnisse auf den Bezug von dänischen Fleisch zu kommen zu sollen. Die Erfahrungen mit diesem Fleisch seien glänzend. Die Deutsche Fleischauflaufgesellschaft könne nicht mehr in Frage kommen, weil deren Anbieter aus verschiedenen Gründen nicht so glänzend sei als das, was die Stadt jetzt erreicht habe. Von anderen Städten habe der Rat über die Firma Danielsen in Kopenhagen die Aufsicht bekommen, daß die Firma prima Rindfleisch liefere und das Publikum mit dem Fleisch zufrieden sei. Die Offerte, auf die sich die Ratsvorlage stützt, sei franco Riesa. Das Pfund werde zum Preis von 63 Pf. bezogen. Es komme hierzu noch die Füllgebihr, die noch Abzug der Füllmäßigung 8 Pf. betrage und die sächsische Übergangsbabgabe, die 4 Pf. betrage, aber vom Staat auf 2 Pf. ermäßigt worden sei, sodass der Preis für das Pfund sich auf 74 Pf. franco Riesa stelle. Es habe sich nun zunächst die Frage ergeben,